

Schweiz

CVP

Alte Debatte, neues Feuer

Knatsch in der CVP: Vertreter aus den urbanen Regionen wehren sich gegen die eigene Volksinitiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe.

Von Philipp Loser

Fünf Ausrufezeichen in einer einzigen Medienmitteilung: Da muss man schon tief ins Archiv steigen, um eine ähnlich aufgeregte- und offizielle- Verlautbarung der CVP zu finden. «Das Volk wird das letzte Wort haben!» - «Das ist fadenscheinig!» - «Wer sich gegen diese Initiative stellt, verhindert die Beseitigung der Diskriminierung!» Ausrufezeichen, Ausrufezeichen, Ausrufezeichen.

In der Mitteilung von Anfang Monat ereifert sich die Spitze der CVP über die Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK). Diese beschäftigte sich kürzlich mit den Familieninitiativen der CVP und kam zu einem vernichtenden Urteil: Die Initiative «Familie stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» lehnt sie deutlich ab («wenig zielgerichtet»), und der Initiative zur Abschaffung der «Heiratsstrafe» (der steuerlichen Benachteiligung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren) möchte sie anders als der Bundesrat einen direkten Gegenentwurf gegenüberstellen. Bedenken hat die Kommission wegen der «Problematik einer allfälligen Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften».

Auf diese Problematik wurde bereits bei der Einreichung der Initiative hingewiesen. Schwulen- und Lesbenorganisationen kritisierten heftig, dass mit der Initiative die Ehe als «auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau» in der Verfassung verankert werden soll.

Auch in der eigenen Partei stösst dieser Punkt auf Widerstand. «Mit dem Festhalten am Ehebegriff baut man unnötig Gegenwind auf», sagt Markus Hungerbühler, Präsident der Stadtzürcher CVP und Mitglied der parteiinternen Arbeitsgruppe Homosexualität. «Mit der Initiative, so wie sie jetzt ist, wird man keinen Blumentopf gewinnen.» Es würde der Partei gut anstehen, etwas fortschrittlicher zu sein. Mit dieser Meinung sei er nicht allein in der Partei, und die Haltung beschränke sich auch nicht auf die Familieninitiative. In der Vernehmlassung zum neuen Adoptionsrecht hat sich die CVP kürzlich explizit gegen die Stiefkindadoption bei eingetragenen Partnerschaften ausgesprochen. Für Hungerbühler eine «sehr konservative» Haltung.



Dass die Ehe eine Gemeinschaft von Mann und Frau sein muss, ist in der CVP nicht mehr unbestritten. Foto: Luke MacGregor (Reuters)

Es ist ein alter Streit in der CVP, der am Beispiel der eigenen Volksinitiative neu aufbricht: Wie stark soll sich die Partei gerade in Gesellschaftsfragen an den konservativen Stammländern orientieren? Wie gross müssen die Zugeständnisse an die progressiven CVP-Wähler in den Städten sein? Es ist ein alter Streit und ein verheerender: Politologe Andreas Ladner ortet darin den Hauptgrund für die schlechte Verfassung der Partei.

«Es gibt eine Diskrepanz zwischen Parteiführung und Basis», sagt Nicole Barandun, die Präsidentin der Zürcher CVP. Sie hat an der letzten Delegiertenversammlung ihrer Sektion eine Umfrage über den Ehebegriff in der CVP-Initiative durchgeführt - mit einem eindeutigen Ergebnis. Die Zürcher CVPler wollen die Heiratsstrafe abschaffen, auf die Ehedefinition können sie aber verzichten. Diese gesellschaftliche Offen-

heit beschränke sich nicht auf die grossen Städte, sagt Barandun. «Die konservativen Stammländer sind nicht mehr so konservativ, wie sich das die Parteileitung manchmal vorstellt.»

Unverrückbare Werte

Unterstützung erhält Barandun von Babette Sigg, Präsidentin der CVP Frauen. Sie und ihre Organisation waren massgeblich daran beteiligt, dass die Delegierten die Parolen zur Pädophileninitiative (für die sich vor allem Darbellay vehement einsetzte) und zur SVP-Familieninitiative nicht im Sinne der Parteiführung fassten. Auch Sigg sagt: «Wir müssen akzeptieren, dass es nicht nur eine einzige Gesellschaftsform gibt.» Diese eine Form dann noch in die Verfassung zu schreiben, findet sie schwierig.

Bei der Parteispitze gibt man sich gelassen. Man nehme bei der CVP Verän-

derungen im Gesellschaftsbild wahr, «aber solche Veränderungen brauchen Zeit», sagt Generalsekretärin Béatrice Wertli. «Für die allermeisten Leute - auch ausserhalb der CVP - wird die Ehe so verstanden, wie sie schon jetzt verfassungsrechtlich definiert ist: als Gemeinschaft von Mann und Frau.» Auch sei der Ehebegriff nicht der Kern der Initiative, sondern «die Abschaffung der Diskriminierung von Verheirateten und eingetragenen Partnerschaften».

Kern des Volksbegehrens ist der Ehebegriff nicht, wichtig aber schon. Die Thurgauer Ständerätin Brigitte Häberli-Koller, eine eher konservative Vertreterin der Partei, signalisiert Offenheit, wenn es um gesellschaftliche Veränderungen geht. Gewisse Werte aber, sagt sie, seien unverrückbar. Die Ehe als Gemeinschaft zwischen Mann und Frau ist für die CVP-Politikerin so ein Wert.

«CVP wird auf einen Wähleranteil von unter 10 Prozent schrumpfen»

Der Politologe Andreas Ladner sagt, die CVP habe kaum mehr Möglichkeiten, zum Erfolg zurückzukehren.

Mit Andreas Ladner sprach Stefan Häne

Die CVP verliert in fast allen Kantonen. Was macht sie falsch? Die CVP hat das Image einer im katholischen Milieu verwurzelten Partei nicht abstreifen können. Deshalb ist es ihr nicht gelungen, in den urbanen, progressiven Zentren Fuss zu fassen. Dass sie sich in Städten wie Zürich als fortschrittliche Partei positionieren wollte, hat wiederum Konflikte mit der Basis in ihren Stammländern provoziert. Diese interne Auseinandersetzung um Werte erklärt einen guten Teil der Niederlagen.

Parteipräsident Darbellay sieht dies anders. Er sagt, bei Wahlen gewinnen jene Parteien, die eine polarisierende Politik betreiben. Das scheint mir eine Schutzbehauptung zu sein. Die Grünliberalen treten pragmatisch auf - und gewinnen trotzdem.

Rührt der Konflikt in der CVP nicht vielmehr von den regelmässigen Sololäufen ihrer Exponenten her? So forderte etwa Darbellay ohne Absprache eine Streichung des Zweitwohnungsartikels - aus Rücksicht auf seine Walliser Wähler.

Diese Gefahr besteht tatsächlich, sie ist aber nicht CVP-spezifisch, sondern Teil des schweizerischen Politsystems: National- und Ständeräte werden in den Kantonen gewählt und müssen daher stets aufpassen, wegen Positionsbezügen der Mutterpartei bei ihren Wählern nicht in Ungnade zu fallen.

Was raten Sie der CVP?

Ich sehe keine Strategie, welche die Partei zur einstigen Grösse zurückführen könnte. Die CVP versteht sich als die Wertepartei - und will damit punkten. Doch sie ist nicht die Gralshüterin der Werte, als die sie sich versteht. Auch die anderen Parteien thematisieren auf differenzierte Art gesellschaftlich sensible Fragen wie etwa die Sterbehilfe, Abtreibung und gleichgeschlechtliche Partnerschaften.

Die CVP als Auslaufmodell?

So hart würde ich es nicht formulieren. In den Stammländern in der Innerschweiz

und im Wallis ist sie nach wie vor stark vertreten, ebenso im Ständerat. Zu schaffen macht der CVP aber in der Tat der Lauf der Geschichte: Die klassischen Konfliktlinien, welche sie hervorgebracht und starkgemacht haben, existieren nicht mehr, etwa der Kulturkampf zwischen den Katholisch-Konservativen und den Liberalen im 19. Jahrhundert.

Und doch spielt die Partei bei vielen Abstimmungen noch immer eine wichtige Rolle.

Richtig. In den 1950er-Jahren ist der CVP gelungen, sich zur strategischen Mehrheitsbeschafferin zwischen links und rechts zu machen. Ihr Einfluss war eigentlich immer grösser als ihre gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Besteht jedoch zwischen tatsächlicher und machtpolitischer Grösse ein Missverhältnis, wirkt sich dies mittelfristig zersetzend aus. Die CVP wird deshalb wohl zu einer Partei mit einem Wähleranteil von unter 10 Prozent schrumpfen.

Wäre es sinnvoll, wenn die CVP näher an die SVP rücken und einen neuen Bürgerblock formen würde? Die CVP befindet sich im Dilemma. Rückt sie nach rechts, verliert sie einen Teil

ihrer Wähler an die GLP und BDP. Positioniert sie sich klar links der Mitte, dann freut dies SVP und FDP. Die Erfolge von GLP und SVP in den klassischen CVP-Hochburgen haben die Möglichkeiten der Partei stark eingeschränkt.

Geschichtspräsident Urs Allematt rät der CVP zu einer Fusion mit der BDP, zu einer Partei ohne C im Namen.

Auch dies erscheint mir wenig erfolgversprechend. Wofür genau soll diese Zentrumsparterie entstehen? Parteien haben dann Erfolg, wenn sie Ideen und Werte verkörpern, nach denen in der Gesellschaft ein tiefes Bedürfnis besteht. Die Grünliberalen etwa haben Erfolg, weil sie eine Strömung verkörpern, die in der Gesellschaft schon vor ihrer Entstehung existiert hat.



Andreas Ladner
Der Experte für Kommunal- und Parteienforschung ist seit 2006 Professor am Institut für öffentliche Verwaltung an der Universität Lausanne.

Journalist an Tagung unerwünscht

Der Präsident der jungen SVP weist Hans Stutz, Beobachter der Rechtsextremistenszene, ab: Der Organisator will eine «angenehme Atmosphäre».

Von Claudia Blumer

Ende April treffen sich in Emmenbrücke Politiker und Politinteressierte unter dem Motto «Direkte Demokratie - ein Reizbegriff rüttelt Europa auf». Organisator ist der Präsident der jungen SVP, Anian Liebrand. Als Referenten treten der Aargauer SVP-Nationalrat Luzi Stamm und der Deutsche Jürgen Elsässer auf. Beide, Stamm und Elsässer, waren dieser Tage im Iran, Stamm als Teil einer viel diskutierten Parlamentariergruppe (TA von gestern). Elsässer hat ein Buch herausgegeben mit dem Titel «Iran - Fakten gegen westliche Propaganda».

Obwohl die Veranstaltung am kommenden Mittwoch unter dem Motto «Direkte Demokratie steht», ist nicht jedermann dort erwünscht. Die Anmeldung sei erst gültig, wenn sie per Mail gegenbestätigt werde, heisst es im Flyer. Hans Stutz, Journalist und Beobachter der Rechtsextremistenszene, darf nicht teilnehmen, wie ihm Organisator Liebrand beschieden hat. In einem Mail, das dem TA vorliegt, schreibt Liebrand: «Wir freuen uns auf eine interessante, konstruktive und kontroverse Veranstaltung am 30. April. Da wir eine angenehme Atmosphäre durch Ihre Präsenz leider nicht für möglich erachten, möchte ich Ihnen hiermit absagen.» Die Antwort erfolgte am Donnerstag, eine Woche nach der Anmeldung des Journalisten.

Stutz ist «sehr überrascht»: Er habe noch nie eine Veranstaltung gestört. «An solchen Anlässen melde ich mich nie zu Wort.» Er fragte bei Liebrand zurück, warum seine Präsenz die Atmosphäre stören könne, erhielt aber keine Antwort, weil er die Angelegenheit bereits der Presse weitergeleitet habe. Auch gegenüber dem TA will Liebrand nicht ausführen, warum er den Kritiker nicht dabei haben will. Das sei ihm bisher erst einmal passiert, sagt Stutz: vor 14 Jahren an einem Anlass von Holocaust-Leugnern im Wallis.

Nachrichten

Internet Swisscom und Tamedia buhlen um Local.ch

Nachdem der Werbevermarkter Publigroupe Anfang Monat mit Publicitas das Anzeigengeschäft und damit sein historisches Kerngeschäft verkauft hat, buhlen nun Swisscom und Tamedia um die besten Resten. Beide Unternehmen haben es auf den 50-Prozent-Anteil der Publigroupe an der Plattform Local.ch abgesehen. Vergangene Woche hatte Tamedia, die auch den «Tages-Anzeiger» herausgibt, bekannt gegeben, dass sie die gesamte Publigroupe kaufen wolle. Das primäre Interesse der Mediengruppe gilt dem Anteil an Local.ch. Die anderen Beteiligungen der Publigroupe interessieren Tamedia weniger. Sie werde eine Weiterführung oder einen Verkauf prüfen, teilte die Mediengruppe mit. Tamedia besitzt bereits 75 Prozent am Local.ch-Konkurrenten Search.ch. Nun hat Swisscom ebenfalls Interesse am Local.ch-Anteil der Publigroupe angemeldet. Im Gegensatz zu Tamedia will Swisscom nicht die gesamte Publigroupe übernehmen, sondern einzig deren 50 Prozent an Local.ch. (SDA)

Standortmarketing Kantone konnten weniger Firmen in die Schweiz locken

Die Kantone haben im vergangenen Jahr weniger ausländische Unternehmen in die Schweiz locken können: Insgesamt siedelten sich als Folge der Standortförderung 298 ausländische Firmen an, dies sind 5 Prozent weniger als im Vorjahr. Sie schufen 983 Arbeitsplätze. Damit reduzierte sich die Zahl der von den ausländischen Unternehmen kreierten Stellen um 11 Prozent, wie die Konferenz der Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) am Freitag mitteilte. (SDA)